

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

12.5.1931 (No. 110)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 952  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 2515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Gesamtanleger:  
Chefredakteur  
E. K. M. n. b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatte, der als Rabattsabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Berücksichtigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwanngewaltiger Vertreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Wagnisübernahme im eigenen Betrieb oder in denen anderer Verwalter, hat der Interent keine Ansprüche, Unberlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für unrichtige Besetzung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 28. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Konsularische Vertretung Argentiniens

Der zum argentinischen Generalkonsul in Hamburg ernannte Carlos A. Calarce ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

#### Die Präsidentschaftswahl in Frankreich

##### Briand gegen Doumer

Briand hat die ihm am Montagabend von einer gemeinsamen Delegation der Linksparteien der Kammer und des Senats offiziell angebotene Kandidatur für die Präsidentschaftswahl angenommen. Gleichzeitig hat sich die gleiche Delegation zum Senatspräsidenten Doumer begeben, um ihn zu bitten, von seiner Kandidatur gegen Briand abzusehen. Doumer hat dies aber abgelehnt. Seiner Ansicht nach, sei Briand besser am Platze im Außenministerium, um dort das wichtige, von ihm seit vielen Jahren geleitete Werk fortzuführen. Briand erklärte, daß es sich für ihn, ohne jede parteipolitische oder persönliche Erwägung darum handle, einen nationalen Akt zu erfüllen.

Außerdem ist noch ein dritter Kandidat aufgelaufen. Es handelt sich um den früheren französischen Botschafter und Minister Jean Denessin.

##### Die Motive Briands

W.B. Paris, 12. Mai. (Tel.) Eine Persönlichkeit aus der Umgebung Briands gibt für den Entschluß Briands folgende Erklärung: Briands Kandidatur sei durch eine Verkettung von Umständen, die dem Willen Briands selbst nicht unterliegen, zu einer Art moralischer Verpflichtung geworden, der er sich nicht entziehen könnte, wenn er nicht den Anschein erwecken wollte, als kapituliere er vor seinen Gegnern, und als wenn er seine Zeit 1925 von den Kabinetten zugewidmet hätte in gewissem Sinne dementieren wollte. Briand habe seiner Politik den Vorrang vor seiner Person gegeben. Da diese Politik die Politik Frankreichs unter den letzten 12 Kabinetten gewesen sei, habe der Außenminister nichts anderes tun können, als dem Parlament die Wahl über sein Geschick zu überlassen.

##### Die Vertretung Frankreichs in Genf

W.B. Paris, 12. Mai. (Tel.) „Echo de Paris“ meldet, Briand habe erklärt, wenn er zum Präsidenten der Republik gewählt werden würde, würde er am Donnerstag oder Freitag auf zwei Tage nach Genf fahren, im übrigen aber als französischer Vertreter bei der Tagung des Völkerbundesrats und des europäischen Studienausschusses den Ministerpräsidenten Kasal und den Unterstaatssekretär Francois Boncet in Vorschlag bringen.

##### Millionenverluste bei der Oesterreichischen Kreditanstalt

Die Oesterreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien hat der Bundesregierung mitgeteilt, daß außerordentliche Verluste in Höhe von insgesamt 140 Mill. Schilling eingetreten sind. Diese Verluste sind zurückzuführen auf die Fusion mit der Bodenkreditanstalt, auf die Entwertung des Effektenportefeuilles sowie auf notwendige Abschreibungen bei den Debitoren. Diese Lage erfordert ein sofortiges Eingreifen der Bundesregierung, um die gesamte Oesterreichische Wirtschaft vor den unabsehbaren Folgen, die sich aus einem Verfall der Kreditanstalt hätten ergeben müssen, zu schützen. Unter gleichzeitiger Herabsetzung des Aktienkapitals der Kreditanstalt (125 Mill. Schilling) um 25 Prozent werden der Anstalt neue Mittel in einem solchen Ausmaß zugeführt, daß der eingetretene Verlust voll gedeckt und das bisherige eigene Vermögen von 165 Millionen Schilling nicht nur wiederhergestellt, sondern sogar vermehrt wird. Zur Beschlußfassung hierüber ist der Nationalrat schon für Mittwoch nachmittag einberufen worden.

W.B. Wien, 12. Mai. (Tel.) Die heutigen Morgenblätter beschäftigen sich mit der durch Intervention der Oesterreichischen Bundesregierung erfolgten Sanierung der Oesterreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe. Die Sanierung, die die Herabsetzung des Aktienkapitals sowie die Einführung von 160 Millionen Schilling — 100 Millionen von der Bundesregierung, je 30 Millionen von der Nationalbank und dem Bankhaus Rothschild — vorsieht, wird von der Morgenpresse ausführlich besprochen und als wirtschaftspolitisches Symptom gewertet. Indem die Blätter ihre Befriedigung darüber ausdrücken, daß es gelungen ist, die drohende Katastrophe abzuwenden, weisen sie gleichzeitig darauf hin, daß die Lage Oesterreichs, wie sie durch die Friedensverträge geschaffen wurde, immer unhaltbarer geworden ist. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Die ökonomische Kraft Oesterreichs schrumpft immer mehr zusammen. Das Land braucht einen Aufschwung an Kraft; wenn man ihm diesen Aufschwung jetzt verweigert, begeht man ein Verbrechen, das nicht mehr gestrichelt werden kann. Entsprechend der Sanierung entwickelt sich der Verkehr bei der Bank heute in vollkommener Ruhe ab. Das Geschäft zeigt keinerlei übernormale Bewegung, und es finden keinerlei nennenswerte Abhebungen statt.

Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow in England verboten. Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow sind in England beschlagnahmt worden. Ihre Verbreitung wurde verboten.

### Letzte Nachrichten

#### Kabinettsitzung

##### über die Genfer Tagungen

##### Morgen Abschluß der Beratungen

W.B. Berlin, 12. Mai. (Tel.) Das Reichskabinett fekte heute vormittag unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsanwartspräsidenten die Erörterungen über die bevorstehende Genfer Tagung des Europaausschusses und des Völkerbundesrats fort. Die Beratungen werden morgen zu Ende geführt.

#### Danzig für Revision

##### Entschlüsse der deutschliberalen Partei

W.B. Danzig, 12. Mai. (Priv.-Tel.) Die Deutschliberale Partei fahte auf einem Parteitag eine Entschlieung, daß die von Jahr zu Jahr zunehmende Verelendung der Danziger Bevölkerung auf die Bestimmungen des Versailleser Vertrages zurückzuführen sei. Die Nichterfüllung der als Entgelt für die Abtretung Danzigs vom Deutschen Reich gegebenen Zusage, daß Danzig als Zugang Polens zum Meere aufblühen solle, die Unterminierung der Industrie und der Bau des von Polen mit allen Mitteln begünstigten Hafens Gdingen sind die wesentlichen Ursachen des Niedergangs der Danziger Wirtschaft. Darum fordert der Parteitag, daß die Regierung die erforderlichen Schritte zur Rettung Danzigs unternimmt, durch die in Artikel 19 des Versailleser Vertrages vorgesehene Nachprüfung und Änderung der Danzigbestimmungen des Versailleser Vertrages bei den zuständigen Instanzen des Völkerbundes durchzuführen.

#### Die Unruhen in Madrid

##### Belagerungszustand verhängt

W.B. Madrid, 12. Mai. (Tel.) In Madrid ist am Montag der Belagerungszustand verhängt worden. Die Agitation richtete sich in der Hauptsache gegen den Jesuitenorden. Mehrere Klöster wurden in Brand gesetzt. Der spanische Außenminister Legroz hat seine Reise nach Genf unterbrochen. General Berenguer ist wieder verhaftet worden. Die Agentur Rabra teilt mit, daß der Ministerrat Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Zwischenfälle getroffen habe. Die Manifestanten hätten sich übrigens, nachdem sie einige Klöster in Brand gesetzt hatten, zerstreut und überall sei das normale Leben wieder eingelehrt. Die Regierung beherrsche die Lage vollkommen und habe auch den Provinzialbehörden Weisung erteilt, Unruhen zu unterbinden. Der Streik sei wieder behoben worden; die Straßenbahnen verkehrten gestern abend ebenfalls wieder.

#### Bedauern der polnischen Regierung

W.B. Berlin, 12. Mai. (Tel.) Die polnische Gesandtschaft hat im Namen ihrer Regierung dem Auswärtigen Amt ihr Bedauern über die Grenzverletzung durch das polnische Militärflugzeug ausgesprochen, das am 8. d. M. bei Wahren, Kreis Preußisch-Holland, gelandet ist.

#### Trotz Arbeitsmarktentlastung mehr Wohlfahrtsberwerblose

Der Deutsche Städtetag teilt mit: Im scharfen Gegensatz zum Rückgang der Arbeitslosen in Arbeitslosenversicherung und Arbeitsfürsorge steht das erneute Ansteigen der Wohlfahrtsberwerblosen im Laufe des April. In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern mußten von den Wohlfahrtsämtern Ende April rund 750 000 Wohlfahrtsberwerblose laufend unterstützt werden. Hiervon erhalteten rund 65 000 Fürsorgearbeit. Gegen den Vormonat ist damit eine weitere Zunahme der Wohlfahrtsberwerblosen um rund 40 000, d. h. um 5,4 Prozent, zu verzeichnen, die sich teils aus der rigorosen Aussteuerung aus der Arbeitsfürsorge am 28. März, teils aus der sich ständig verschärfenden strukturellen Einengung des Arbeitsmarktes erklärt.

#### München-Augsburg elektrisch

Montag vormittag fand die offizielle Einweihungsfahrt auf der nunmehr vollständig elektrifizierten Strecke München-Augsburg statt. Unter anderem nahm auch Oskar von Miller an der Fahrt teil. Die für die Fahrt benutzte Schnellzuglokomotive ist imstande, die Höchstleistung aller auf den deutschen Bahnen verbandenen Maschinen zu leisten. Die Strecke München-Augsburg wurde in 45 Minuten befahren, was gegenüber dem bisherigen Fahrplan eine Zeitersparnis von 10 Minuten bedeutet. Mit der Fertigstellung der Strecke München-Augsburg sind von der großen Ostwestverbindung ab Salzburg 215 Kilometer elektrifiziert.

#### Propellertriebwagen erreicht Geschwindigkeit von 205 Kilometer in der Stunde

W.B. Hannover, 12. Mai. (Priv.-Tel.) Der G.V.T. Propellertriebwagen, mit dem die ersten Schnellfahrten im Oktober vergangenen Jahres auf der Versuchsstrecke bei Burgwedel durchgeführt wurden, befuhr erstmalig eine Reichsbahnstrecke größerer Länge. Dieser zweite Punkt des Versuchsprogrammes konnte erst jetzt der Schwierigkeiten bei der Gaspflichtversicherung wegen durchgeführt werden. Auf der Strecke Berlin-Hannover wurden in Richtung Hannover zwei Schnellfahrten unternommen, bei denen Stundengeschwindigkeiten bis 205 Kilometer erreicht wurden.

### \* Die Rede des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning hat am Samstag in Cloppenburg in Oldenburg eine sehr bedeutende Rede gehalten, eine Rede, die sich wieder durch ihren Mut zur Wahrheit auszeichnet und der zähen Entschlossenheit Dr. Brünings von neuem ein glänzendes Zeugnis ausstellt. Der Reichskanzler will und wird seinen Weg unbeirrt fortsetzen und sich weder durch die Schwierigkeiten der Lage selbst, noch durch parteipolitische oder persönliche Angriffe davon abbringen lassen.

Der Ernst der Lage wird vor allem durch zwei Tatsachen charakterisiert, erstens dadurch, daß infolge der Wirtschaftskrisis die Steuereingänge immer noch weiter zurückgehen und das Defizit dadurch immer größer wird, zweitens durch die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit bis jetzt nicht in dem erhofften Umfange abgenommen hat. Dr. Brüning bezeichnet nach wie vor als die wichtigste Aufgabe seiner ganzen Tätigkeit die Durchführung scharfer Sparmaßnahmen. Um eine solche Sparpolitik verwirklichen zu können, ist es notwendig, daß nicht mehr wie bisher geschätzte Einnahmen die Höhe der Ausgaben bestimmen, sondern die tatsächlichen Einnahmen. In 14 Tagen werde die Reichsregierung dem deutschen Volke mitteilen, welche Maßnahmen sie zu treffen gedenke, um die Schwierigkeiten zu überwinden, um die eben erwähnte Sparpolitik in die Tat umzusetzen. Über die Grundzüge dieses neuen Programms scheint man sich im Kabinett bereits klar zu sein. Es sind hauptsächlich Rücksichten außenpolitischer Natur, die es als empfehlenswert erscheinen lassen, noch 14 Tage mit der Publikation zu warten.

Genau so, wie der Reichsfinanzminister Dietrich, der über diese Dinge gestern in Barel gesprochen hat, ist Reichskanzler Dr. Brüning davon überzeugt, daß uns wirklich nur eine Anfurbelung der Wirtschaft helfen kann. Denn diese Anfurbelung der Wirtschaft würde ja all das Gute im Gefolge haben, was wir heute schmerzlich vermissen, nämlich einen ausreichenden Zustrom von Steuern in die öffentlichen Kassen und die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten. Natürlich ist diese Anfurbelung der Wirtschaft nur möglich, wenn es gelingt, neue Kapitalquellen zu erschließen. Wir leiden unter dem Kapitalmangel, und er wird durch die Reparationszahlungen noch fortgesetzt verschimmert.

Andererseits sind allerdings auch die Verhältnisse selbst noch keineswegs geeignet, größere Investitionen von Kapital zu erleichtern. Unser ganzes Wirtschaftsleben mühte erst von jenen Lasten und Fesseln befreit werden, die bisher die Rentabilität gedrückt oder vernichtet haben. Es wird niemandem einfallen, sein Geld in ein Unternehmen zu stecken, das von vornherein so belastet und so eingeeengt ist, daß es sich im Sinne einer rentablen Wirtschaft gar nicht entfalten kann. Die Revision der bisherigen, solchen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist noch lange nicht beendet, sie wird noch ganz andere Formen annehmen müssen, bevor wir wieder in Deutschland von einer Rentabilität der Wirtschaft sprechen können.

Auch in außenpolitischer Beziehung war die Rede des Reichskanzlers überaus bedeutungsvoll. Mit Recht hat Dr. Brüning von neuem darauf hingewiesen, daß man den Kampf um die Senkung der Reparationslasten erst dann unternehmen könne, wenn wir im eigenen Hause wirklich Ordnung geschaffen haben. In der Frage der Zollunion betonte er nochmals die Tatsache, daß es sich hier um eine rein wirtschaftliche Angelegenheit handle. Den Höhepunkt seiner Rede erreichte der Reichskanzler an jenen Stellen, wo er sich mit Frankreich und mit Frankreichs führenden Staatsmännern, Herrn Briand, auseinandersetzte. Er hat das in der von der diplomatischen Konvention vorgeschriebenen Form getan. Aber die Deutlichkeit hat darunter keineswegs gelitten.

Briand hatte bekanntlich im Zusammenhang mit seiner Kritik an der Zollunion, wenn auch sehr verklausuliert, von der Möglichkeit eines Krieges gesprochen. Briand muß sich jetzt von dem deutschen Reichskanzler sagen lassen, daß verantwortungsbewußte Staatsmänner das Wort „Krieg“ überhaupt nicht mehr in den Mund nehmen sollten, und daß es sehr zu bedauern sei, wenn verantwortungsbewußte Staatsmänner bei einer so friedlichen Politik, wie sie von der deutschen Reichsregierung getrieben werde, das Wort „Krieg“ überhaupt gebrauchten. Und weiter hat der Reichskanzler Herrn Briand, der Frankreich den „Soldaten des Friedens“ nannte, zugerufen, daß auch wir die Soldaten des Friedens seien, aber noch

mehr die Opfer des Friedens. Noch immer habe das Ausland keine richtige Vorstellung davon, wie sehr das deutsche Volk täglich für den Frieden opfern müsse; und nur dann werde die Welt wirklich beruhigt sein, wenn erst einmal die Anerkennung der Tatsache da sei, daß es im wesentlichen das deutsche Volk ist, welches täglich für den Friedensgedanken opfern muß. Diese Opfer sind so gewaltiger Art, daß vielleicht gerade ihre Größe das Verständnis erschwert.

Vom Standpunkt der Furchtlosigkeit müsse alles neu geregelt werden. Endlich müsse man den Völkern, die den Krieg verloren haben, die völlige Gerechtigkeit widerfahren lassen. Mit diesen Worten hat der Reichskanzler auch hier wieder für das Prinzip der Gleichberechtigung gekämpft. Wir dürfen ihm für die mannhafte Offenheit, mit der das Geschehen ist, dankbar sein.

### Das Deutsche Museum in München

hielt seine Jahresversammlung ab. Oskar von Miller teilte mit, daß die Mitgliederzahl von 4500 auf 4900, die Zahl der Besucher von 621 000 auf 670 000 gestiegen sei, und zwar falls erfreulicherweise diese Zunahme größtenteils auf Arbeiter, Angestellte und Jugendliche. Miller erzählte von besonderen Erwerbungen des Museums und teilte mit, daß der Ausbau der Sammlungen in diesem Jahre sicher fertig werde und jetzt alle Räume des Museums geöffnet seien. Das Äußere des Studien- und Bibliotheksbaus sei fertig. Das Büchermagazin reiche aus für 1 bis 1,2 Millionen Bände. Heute umfasse die Bibliothek etwa 130 000 Bände; bis zur Eröffnung im Mai nächsten Jahres werde sie gegen 200 000 Bände zählen. Reichsbaupräsident a. D. Dr. Schacht gab einen Überblick über die Werte, die bis jetzt in die Sammlungen des Deutschen Museums gesteckt worden seien. Es sind Vermitteln von 17 1/2 Millionen Reichsmark, von denen etwa die Hälfte von Privaten aufgebracht wurde, und Sachwerte von 14 1/2 Millionen Reichsmark, zusammen also rund 32 Millionen Reichsmark. Die Einnahmen für 1930/31 betragen rund 1,4 Millionen Reichsmark; der Voranschlag für 1931/32 sieht rund 1 1/2 Millionen in Einnahmen und Ausgaben vor.

### Kleine Chronik

Bei einer Fuchsjagd verunglückten bei Hamm (Westfalen) vier Kinder so schwer, daß zwei von ihnen das Augenlicht verloren. Die Kinder hatten in einem Fuchsbau mehrere mit Wasser und Rauch gefüllte Flaschen gelegt, und als diese nicht explodieren wollten, Streichhölzer angezündet, um die Ursache des Verfalls festzustellen. Dabei explodierten die Flaschen und die Kinder wurden durch den Luftdruck die Wöschung hinuntergeschleudert, wo sie schwer verletzt liegen blieben.

Der Täter, der am Samstag in Jena den Mordanschlag auf Universitätsprofessor Günther verübte, wurde von der Polizei ergriffen. Es handelt sich um einen noch nicht 18 Jahre alten Ausländer.

Im Hinblick auf den Geldbrieffrägermord in Berlin hat das Reichspostministerium die bestehenden, zur Sicherung der Geldbrieffräger erlassenen Dienstvorschriften verschärft. Bis auf weiteres sollen u. a. Postanweisungen unbekannt, nicht sicher und zuverlässig erscheinenden Empfängern in keinem Falle zugestellt werden. In solchen Fällen soll dem unbekanntem Empfänger ein Benachrichtigungszettel zugestellt werden.

In den letzten Tagen sind fünf Beamte der dem Reichsministerium des Innern angegliederten Landesaufnahme verhaftet worden. Den Beamten, dem Reichsinspektor Blum, dem Verwaltungsamtmann Wolf und den Inspektoren Baer, Wendt und Schäfers, wird vorgeworfen, im Laufe der letzten Jahre Beträge in Höhe von etwa 300 000 Reichsmark unterschlagen zu haben.

Ein polnischer Fliegermajor der Flugstation Thorn berührte Montagabend beim Landen in Graubenz eine Hochspannungsleitung. Es entstand eine gewaltige Stichflamme, die das Flugzeug in Brand setzte. Der Fliegermajor büßte dabei sein Leben ein. Die Stadt Graubenz und die der Oberlandzentrale angeschlossenen Städte waren infolge des Vorfalls über 3 Stunden ohne Licht.

Erdstöße haben die südbaltenische Provinz Basilicata heimgesucht. Abgesehen von den neugebauten, erdbebenresistenteren Häusern sind in Melfi bei dem starken Beben am Montagmittag fast alle Häuser beschädigt. Auch das für die ganze Landschaft charakteristische Normannenschloß Friedrichs II., dessen Schäden aus dem vorjährigen Erdbeben zum Teil wieder ausgebessert worden waren, hat neuen Schaden genommen.

Deutsche Kulturpolitik im Ausland. Schon bald nach dem Weltkriege haben die großen Staaten, in erster Linie Amerika, England und Frankreich, die Propaganda für ihre Kultur im Ausland wieder aufgenommen. Deutschland war naturgemäß dabei sehr stark benachteiligt. Erst seit wenigen Jahren ist von den Hochschulen die Arbeit aufgenommen worden, durch planmäßige Kulturpolitik Deutschland die ihm gebührende Stellung im internationalen geistigen Leben wieder zu geben. Es bestanden dafür verschiedene Stellen: Die Deutsche Akademische Austauschstelle des Verbandes der Deutschen Hochschulen, der Akademische Austauschdienst e. V. und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Anfang dieses Jahres haben sich diese Organisationen im Deutschen Akademischen Austauschdienst e. V. zusammengeschlossen. Es ist nun der Akademische Austauschdienst Karlsruhe gelungen, dessen Leiter, Dr. phil. Dr. jur. Adolf Morssbach, Berlin, zu einem Vortrag über „Deutsche Kulturpolitik im Ausland, unter besonderer Berücksichtigung der Vereinigten Staaten“, zu gewinnen. Dieser Vortrag findet am Mittwoch, den 13. Mai, 20.15 Uhr, im Saale des Sinden-tenhauses, Parterre 7, statt. Der Eintritt ist frei.

Eugene Hays. Der bekannte Violinvirtuose und Komponist Eugene Hays starb heute, Dienstag, morgen 4 Uhr in Brüssel an Herzaffektion. Er wurde 1858 in Lüttich geboren und war bis 1881 Konzertmeister in Wilkes Orchester in Berlin. Alsdann unternahm er Konzertreisen, die seinen Ruf als Violinist rasch begründeten. Von 1883 bis 1886 lebte er in Paris. Dann wurde er erster Violinlehrer am Brüsseler Konservatorium; dort begründete er auch ein rasch berühmt gewordenes Streichquartett. Seit 1889 hat er seine Lehrtätigkeit aufgegeben. Nach Kriegsausbruch begab er sich nach Amerika, wo er bis 1921 als Dirigent in Cincinnati tätig war. Mit 70 Jahren mußte er sich der Amputation eines Beines unterziehen. Als Komponist schrieb Hays einige Violinkonzerte sowie Variationen über ein Thema von Paganini, die jedoch nicht öffentlich erschienen sind.

### Kurze Nachrichten

Die Verhandlungen über den Schener-Vertrag werden, nachdem die Reichsbahn, wie gemeldet, die Genehmigung der Reichsregierung zu dem Schener-Abkommen nachgesucht hat, unter dem Gesichtspunkt weitergeführt, inwieweit Abänderungen des Vertrages geboten sind. Das Ziel der Verhandlungen ist, den in dem Vertrag enthaltenen, als berechtigt anzuerkennenden Grundgedanken — insbesondere der Neuregelung der Rollgebühren — mit den Forderungen der Wirtschaft und berechtigten Interessen des Spektations- und Fuhrgerwerbes auszugleichen. Der Reichsverkehrsminister behält sich seine endgültigen Entscheidungen vor.

Die Verhandlungen über eine Senkung des Berliner Brotpreises hatten folgendes Ergebnis: Die Berliner Roggenmühlen erhalten aus den Beständen der G. G. Roggen mit der Verpflichtung, daß Roggenmehl zum Preise von 27 RM. nur an solche Betriebe zu liefern ist, die sich verpflichten, vom 18. Mai an das Brot im bisherigen Gewicht und der bisherigen Qualität zu 47 Pf. abzugeben.

Die Finanzierung des Rügen-Dammes. Die Verhandlungen über einen langfristigen Kredit von 20 Millionen Reichsmark, den ein schwedisches Finanzkonsortium zur Finanzierung des Eisenbahndammes Rügen-Strand angeboten hatte, sind zum Abschluß gekommen.

Dr. Goebels zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In Berlin wurde der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebels wegen Verleumdung des Reichspräsidenten Dr. Weiz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung erfolgte in fünf Fällen, während in einem Falle auf Freisprechung erkannt wurde.

Die Sudetendeutschen gegen Venedig. Der Abgeordnete der deutschen Arbeit- und Wirtschaftsgemeinschaft, Dr. Kofsch, erklärte — wie aus Prag gemeldet wird — zur Frage der deutsch-österreichischen Zollunion: Die sudetendeutsche Politik ist mit Venedig nur darüber einig, daß die europäischen Verhältnisse eine europäische Gesamtlösung brauchen. In der Befämpfung der Zollunion stimmen wir aber mit ihm unter keinen Umständen überein.

Italienisch-österreichisch-ungarische Abkommen. Wie „Giornale d'Italia“ erfährt, ist zwischen Österreich, Italien und Ungarn in den seit einem Jahr schwebenden Verhandlungen zur Intensivierung des Handelsvertrages zwischen diesen drei Ländern ein Abkommen erzielt worden.

Ratifizierungen der internationalen Zudertkonvention. In Brüssel haben die Vertreter der Zuderindustrien Deutschlands, Belgiens, Ungarns, Polens, Rubas, Japas und der Tschechei die internationale Zudertkonvention unterzeichnet.

### Die Wertpapiere bei der J. G. Farben

Der „Frankf. Generalanzeiger“ schreibt zu der bekannten Wertpapiereaffäre bei der J. G. Farbenindustrie und anderen Betrieben, er habe von gutunterrichteter Seite erfahren, daß jetzt auch der Wertmeister einer großen chemischen Fabrik in Frankfurt festgenommen worden sei. Der Oberstaatsanwalt habe auch die politische Polizei mit der Klärung der Zusammenhänge der unter Leitung des verhafteten Kommunisten Erich Steffen stehenden Berliner Spionagezentrale und der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin beauftragt. Nach Geständnissen von Arbeitern der höchsten Farbwerke ufm., sowie auf Grund von beschlagnahmten Fragebogen, die Steffen durch seine Vertrauensleute Arbeitern und Angestellten zum Ausfüllen vorgelegt hatte, könne der Schluß gezogen werden, daß die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion von der Spionageaffäre ohne Zweifel gewußt haben müsse.

### Badischer Teil

#### Versammlungs- und Demonstrationsverbot in Karlsruhe

Die von der Nationalsozialistischen Partei für heute abend angekündigten Veranstaltungen (Platzkonzert auf dem Stephansplatz, Hin- und Rückmarsch zur Festhalle, Versammlung im großen Festhalleaal) wurden im Hinblick auf die gestrigen Vorkommnisse im Karlsruher Rathaus und die dadurch entstandene Beunruhigung der Öffentlichkeit von der Polizeidirektion verboten. Aus den gleichen Gründen hat die Polizeidirektion auch eine für morgen abend angekündigte Versammlung der Kommunisten mit Demonstrationsumzug, sowie eine von der gleichen Partei für Samstag in Aussicht genommene öffentliche Versammlung und weiter eine für morgen abend in Durlach angesagte nationalsozialistische Versammlung verboten.

#### Statistik der Höheren Schulen Badens

Die 76. Höheren Schulen des Landes, die vornehmlich der Ausbildung der männlichen Jugend dienen, zählen insgesamt 917 Klassen und 22 875 Schüler, davon 19 308 männlich und 3067 weiblich. Nach der Konfession halten sich römisch-katholisch (10 797) und evangelisch (10 657) die Waage. Aus der Beamtenschaft stammen 8743 Schüler. Die freien Berufe stellen 1667, die Landwirtschaft 1276, Handel und Gewerbe 5818, die Angestellten 3523, die Arbeiterschaft 1307 Schüler.

Die Höheren Schulen für die männliche Jugend gliedern sich in: 17 Gymnasien mit 218 Klassen und 5089 Schülern, 18 Realgymnasien mit 201 Klassen und 5092 Schülern, 23 Oberrealschulen mit 338 Klassen und 8904 Schülern, 2 Aufbauberealschulen mit 23 Klassen und 504 Schülern, 1 Aufbaurealschule (Willingen) mit 6 Klassen und 112 Schülern, 19 Realschulen mit 132 Klassen und 2627 Schülern, 1 Höhere Bürgerchule mit 4 Klassen und 47 Schülern.

Die Höheren Schulen für die weibliche Jugend, 15 an der Zahl, mit 253 Klassen, haben eine Schülerzahl von 6887 aufzuweisen. Davon sind 2271 römisch-katholisch, 4087 evangelisch. Aus der Beamtenschaft kommen 2619 Schülerinnen, aus den freien Berufen 790, aus der Landwirtschaft 45, aus Handel und Gewerbe 1634, aus der Angestellten 1355, aus der Arbeiterschaft 179.

#### Die Unwetter Schäden

Nach privaten Schätzungen betragen die Schäden, die durch das Unwetter am letzten Donnerstag im ganzen Lande Baden angerichtet wurden, mehr als 1 Million Reichsmark. Im Kreis Karlsruhe werden die Hochwasserschäden allein auf über eine halbe Million Reichsmark geschätzt.

Zu den Meldungen über die Zerstörung der Murglocken sei bemerkt, daß es sich um die Mischbachlocken in der Gemarkung Gaggenau handelt.

### Der Flugbetrieb im Baden im Jahr 1930

Die Eröffnung der Flugaison 1931 erfolgte unter sehr günstigen Zeichen. Der Betrieb in der ersten Woche war durchaus zufriedenstellend. Ein Überblick über den Gesamtflugverkehr im Jahre 1930 zeigt, daß dieser in Baden sehr heimisch geworden ist. Die Ausnutzung der Flugzeugzellen auf den das Land Baden berührenden Strecken war folgende:

Strecke 31 (Köln—Frankfurt—Mannheim—Basel—Genf) 25,5 Prozent Passagiere, 14,8 Proz. Fracht, Gesamtausnutzung 40,3 Prozent; Strecke 44 (Mannheim—Stuttgart) 22,1 Proz. Passagiere, 2,9 Proz. Fracht, insgesamt 25 Proz.; Strecke 46 (Freiburg—Stuttgart) 47,9 Proz. Passagiere, 4,7 Proz. Fracht, insgesamt 52,6 Proz.; Strecke 49 (Konstanz—Willingen—Baden—Baden—Karlsruhe—Mannheim) 43,5 Proz. Passagiere, 9,1 Prozent Fracht, insgesamt 52,6 Proz.; Strecke 350 (Baden—Baden—Karlsruhe—Mannheim—Wiesbaden—Köln—Düsseldorf) 34,8 Proz. Passagiere, 2,4 Proz. Fracht, insgesamt 37,2 Prozent; Strecke 351: (Freiburg—Willingen—Konstanz) 75,5 Prozent Passagiere, 4,6 Proz. Fracht, insgesamt 80,1 Proz.; Strecke 355: (Baden—Baden—Stuttgart—Mannheim) 41,6 Proz. Passagiere, 6,8 Proz. Fracht, insgesamt 48,4 Proz. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die beste Strecke die jetzt eingestellte Strecke Freiburg—Willingen—Konstanz, die zweitbeste Strecke die Strecke Freiburg—Stuttgart war. Eine sehr gute Frequenz wiesen auch die Baden-Baden berührenden drei Flugstrecken mit 52,6, 46,4 und 37,2 Proz. Gesamtausnutzung auf.

Was die Frequenz der einzelnen badischen Flughäfen betrifft, so steht Mannheim bei 4 Strecken mit 832 angekommenen und 859 abgeflogenen Fluggästen und 30 762 Kilogramm Gepäck, Fracht und Post an erster Stelle. Freiburg hat nur zwei Strecken folgt mit 660 ankommenden und 820 abgeflogenen Passagieren, während es mit Fracht usw. (9798 Kilogramm) erst an dritter Stelle steht. Es folgt dann Karlsruhe mit 689 angekommenen und 691 abgeflogenen Gästen, das in bezug auf den Frachtverkehr mit 21 062 Kilogramm an zweiter Stelle steht. Den vierten und fünften Platz nehmen Konstanz und Baden-Baden ein. Konstanz mit 428 angekommenen und 457 abgeflogenen Gästen, Baden-Baden mit 442 angekommenen und 421 abgeflogenen Gästen. Beim Frachtverkehr kommt erst Baden-Baden mit 3105 Kilogramm und dann Konstanz mit 6300 Kilogramm an. In sechster Stelle steht der in diesem Jahr nicht mehr besogene Flughafen Willingen mit 262 angekommenen und 160 abgeflogenen Fluggästen und 2721 Kilogramm Post.

Aus den hier aufgeführten Zahlen ist deutlich zu erkennen, welche große Bedeutung der Flugverkehr für Baden hat. Es steht zu erwarten, daß diese Zahlen auch in der jetzigen Flugaison exzedit werden. Bei dem großen Interesse, das gerade den Schwarzwaldbetrieben im deutschen Flugverkehr entgegengebracht wird, dürfte wohl in nächster Zeit die Frage eines Winterflugplans akut werden.

### Die Wazauer Schiffbrücke

Nach dem derzeitigen Stand der Arbeiten ist mit der Wiederherstellung der Wazauer Schiffbrücke vor Ende dieses Monats nicht zu rechnen. Die Einrammung von 7 neuen Pfählen sowie sonstige Befestigungsarbeiten werden durch anhaltend hohen Wasserstand stark behindert.

### Ausbildung im Weinbau in Blankenhornsberg

Das Verzeichnis und Lehrgang der Badischen Landwirtschaftskammer für Weinbau in Blankenhornsberg hat auch in diesem Jahre wieder eine Anzahl junger Landwirte für die Spezialausbildung auf dem Gesamtgebiet des Weinbaus in einem einjährigen Lehrgang aufgenommen.

Dieser Landwirtschaftskammerbetrieb ist durch seine praktischen und vorbildlichen Einrichtungen im Weinbau, wie in der Kellerwirtschaft besonders befähigt, die jungen Landwirte mit dem betriebswirtschaftlichen inneren Zusammenhang des Weinbaus bekanntzumachen, neben intensiver praktischer Ausbildung im Weinbau und Kellerwirtschaft.

Es besteht durch diese Einrichtung in erster Linie für unsere badischen Landwirte die Möglichkeit, für ihre Söhne eine nach jeder Richtung hin vollendete und vor allem neuzzeitliche, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingestellte Ausbildung in Theorie und Praxis im Weinbau zu erhalten.

### Der Gesamtverband der Inneren Mission in Baden

hielt kürzlich im Evang. Vereinshaus, Karlsruhe, seine diesjährige Vertreterversammlung ab, an der Vertreter der Inneren Mission aus dem ganzen Lande teilnahmen. In einem zusammenfassenden Bericht ließ der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Farrer Steinmann, die Versammelten einen Einblick tun in die Mannigfaltigkeit der in den 1 1/2 Jahren seines Bestehens vom Verband geleisteten Arbeit. Es folgte eine Reihe von Berichten. Der 1. Geschäftsführer, Landeswohlfahrtsrat Heger, wies auf den neugegründeten Evang. Seelungsdiens für Baden hin, der unseren badischen evangelischen Bauern, die siedeln wollen, gern als Helfer zur Seite stehen will. Auf Antrag von Jugendrat Luz wurde zum Schluß noch der großen Notlage des Fürsorgezweigsheim Schwarzscher Hof gedacht, der seinerzeit mit größten Opfern zu einer vorzüglichen Einrichtung ausgebaut worden ist. Eine einstimmig angenommene Entschließung an die Staatsregierung betont die Notwendigkeit einer uneingeschränkten Weiterführung dieser Anstalt, die nur nach einer allgemeinen Entschuldungsaktion für den Badischen Landesverein für die Innere Mission möglich sei. Die Staatsregierung wird gebeten, das für die badische Fürsorgezweigsheim unentbehrliche Wert des Schwarzscher Hofes in seiner gefährdeten Lage nicht ohne Hilfe zu lassen.

### Tagungen

Der Verband badischer Dentisten tagte in Triberg. Der Generalversammlung am Sonntag wohnten u. a. Landrat Bink, Willingen, Landtagspräsident Duffner und mehrere Landtagsabgeordnete bei. Der Vorsitzende, Merk-Adern, erstattete den Jahresbericht, in dem eine Zunahme der organisierten staatlich geprüften Dentisten festzustellen war. Der Verband zählt zur Zeit 622 Mitglieder. Der Bericht behandelte weiter die Ausbildung des Nachwuchses und die eigene Weiterbildung und stellt fest, daß die Bestrebungen der Dentisten bei den Behörden großes Entgegenkommen gefunden haben. Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Direktor Rimmich-Karlsruhe, referierte über das Thema „Wievweit sind wir unserem Ziele nahegekommen?“. Über Schulzahnpflege sprach der Vorsitzende Merk-Adern, der feststellen konnte, daß hierbei große Fortschritte zu verzeichnen sind. Als Ort der nächstjährigen Jahresversammlung wurde Mannheim bestimmt.

Verbandsstagung Gemeinnütziger Bauvereinigungen in Karlsruhe. Am 16. und 17. Mai findet im Sitzungssaal des Bad. Landtags, die 19. ordentliche Verbandsstagung des Bad. Verbandes Gemeinnütziger Bauvereinigungen statt. Dem Verband gehören insgesamt 98 Bauvereinigungen mit rund 30 000 Mitgliedern an, die sich auf das ganze badische Land verteilen.

## Aus dem Badischen Landtag

### Neue Eingänge

Die Staatsparteiliche Fraktion hat im Landtag eine förmlich Antrag eingebracht, die Einfuhr von Weizen in Höhe von 500 000 Tonnen zum Gegenstand hat und worin darauf hingewiesen wird, daß die süddeutschen Häfen, insbesondere Mannheim und Neßl, dabei ausgeschlossen sind. Diese Maßnahme würde eine schwere Schädigung dieser schon durch die Grenzziehung und den wirtschaftlichen Niedergang ohnehin stark notleidenden Städte bedeuten. Die Regierung wird gefragt, ob sie bereit sei, bei der Reichsregierung energische Vorstellungen zu erheben, in dem Sinne, daß den badischen Rheinhäfen ein ihrer Bedeutung entsprechendes Einfuhrkontingent zugeteilt wird.

Von der deutschnationalen Landtagsgruppe sind zwei Anträge eingegangen, der eine bezieht sich mit den Maßnahmen gegen die Gottlosenpropaganda. Es wird darin gefordert: Der Religionsunterricht ist Pflichtfach; bei der Besetzung von Lehrstellen an den Volksschulen soll auf das religiöse Bekenntnis der Schüler tunlichst Rücksicht genommen werden; die Lehrer (Lehrerinnen) sollen entsprechend der religiösen Einstellung des badischen Volkes zur Erteilung des Religionsunterrichtes befähigt sein. Die Entscheidung über diese Befähigung liegt den betreffenden Kirchen- und Religionsgemeinschaften zu; das Schulgebet ist in der von altersher üblichen Weise, wo nötig den simultanen Verhältnissen entsprechend, zu pflegen. — In dem zweiten Antrag werden reichsrechtliche Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen die Gefahren eines Gasangriffes gefordert.

## Aus der Landeshauptstadt

Für den Neubau der evangelischen Diakonissenanstalt. Der vierterte Karar der Evangelischen Diakonissenanstalt Karlsruhe hat den Plan auf neue Bestätigung, der die Öffentlichkeit nun seit einigen Jahren bewegt und der den Bau eines neuen Mutter- und Krankenhauses auf dem prächtigen, im Angesicht der Eßlinger Werge frei gelegenen Müppurrer Platz zum Inhalt hat. Der Ertrag der ganzen Veranstaltung, der Behaltend kräftig übersteigt, kommt trotz der unvergleichlich schweren wirtschaftlichen Not demjenigen des Vorjahres nahe. Ein Vielfaches des Ertrages dieser Lage hat gleichzeitig die Reubau-Hausammlung erreicht, die im Herbst und Winter im ganzen Land durchgeführt wurde.

Badische Lichtspiele Konzerthaus. Die bekannte Operette „Ein Walzertraum“ verheißt auch im Film ihre Wirkung nicht. Eine recht unterhaltfame Angelegenheit, wobei der Regisseur den Zuschauer auf das angenehmste unterhält. — Im Beifilm machen wir „eine Reise um den Erdball“. In interessanten Darstellungen sehen wir den Seeweg in früheren Zeiten und heute. Durch den Bau des Suezkanals und später des Panamakanals wurde der Weg bedeutend gekürzt. Die marfantersten Einbrüche dieser Reise werden im Bild festgehalten.

Colosseumtheater. Samstag- und Sonntagabend abfolvierten Weintraub Schupatzer, eine bekannte Berliner Jazzband, in den Räumen des Theaters, das sonst seine Porten schon verschlossen hält, ein kurzes Gastspiel. Konzert, wie man doch eigentlich sagen sollte, wäre nämlich ein viel zu schweres Wort für ihre 19, nur durch eine kurze Pause getrennten Sätzen; Konzert wäre außerdem ein Begriff, der zu Leuten, die wirklich nur mit Synthesen und mit allen erdenklichen produktionsforschrischrittlichen Instrumenten arbeiten, nicht mehr paßt. Auch der biedere Name „Musiker“ für die Ausübenden selbst wäre vielleicht eher durch „Klangjongleur“ oder „Tanzmeister“ zu ersetzen, um die exemplarische Eigenart der Truppe genauer zu charakterisieren, und ebenso müßte man schließlich noch die bisher gebräuchliche Bezeichnung „Programm“ aus diesem Bericht zu eliminieren versuchen; denn das Gebotene umflänmet sie nicht mehr als etwas leicht Vorstellbares, sondern desabowiert geradezu dessen mitunter grotesk aufgeschwemmte Rückwärts. Also Revolution auf der ganzen Linie? Aber nein, lieber Leser, nur eine Veränderung von etlichen zu Vortragsgeworden ein gros zusammengehammerten Tanzmarzschartiteln, bei denen — sehr bezeichnenderweise — deutsche Kompositionen bis auf zwei oder drei fehlen, die meist amerikanische Importware sind. Im Interesse ihrer Hersteller ist das übrigens beachtlich, auch erhöht es wohl den Ruhm, für deren künstlerische Bedeutung ist es allerdings gleichgültig, denn haben wir drüben noch großen Reich scheint für dieser modische Dinge nur eine Rezeptformel, nur ein Geschick maßgebend. Daß den auch längst von der Schallplatte her geschätzten Veranstaltungen ihre recht eingängige Veranschaulichung des Materials lebhaft gedankt wurde, ist zwar grammatikalisch wieder nicht ganz richtig ausgedrückt, umschreibt jedoch — wenigstens für die samstäglich Vorführung der diversen Teufeleien — einen starken äußeren Erfolg. S. Sch.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Infolge Erkrankung im Personal geht statt „Tambur“ am Donnerstag den 14. Mai „Der Rosenkavalier“ im Badischen Landestheater für Mietstadt. D 20 in Szene. Anfang 18.30 Uhr. Im Stadt. Konzerthaus wird um 19.30 Uhr beginnend statt „Meine Schwester und ich“, „Meine Frau, das Fräulein“ gegeben.

Dr. Edwin Fischer, den man wohl als den bedeutendsten Pianisten der Gegenwart bezeichnen darf, kehrt nach Jahresfrist am morgigen Mittwoch, den 13. Mai, wiederum in Karlsruhe ein und gibt im Eintrachtssaal einen Klavierabend. Zum Beginn steht eine Chaconne von Fändel. Mit besonderer Freude wird die Musik studierende Jugend die dann folgenden drei Präludien und Fugen aus Bachs „Wohltunperlerem Klavier“ begrüßen, denen man sonst nie im Konzertsaal begegnet. Als Hauptwerk des Abends hat Edwin Fischer die schönste der drei Klavierkonzerte von Brahms gewählt, op. 5 in F-Moll, deren wunderbares „Mondschein-Andante“ eines der innigsten Klavierstücke ist. Die selten gespielte Es-Dur-Sonate von Beethoven und die noch seltener bei uns gehörten Phantasiestücke von Schumann beschließen das prächtige Programm. Wie uns die Konzertdirektion Kurt Neufeldt mitteilt, ist, wie alljährlich, der Vorverkauf äußerst lebhaft, diesmal besonders für die guten Plätze; ein Edwin-Fischer-Abend ist eben nicht nur ein unvergleichliches künstlerisches, sondern auch ein gesellschaftliches Ereignis. Vorverkauf Waldstraße 81 und bei Viefelfeld am Marktplatz.

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe von heute morgen: Der hohe Druck hält sich noch über dem Festland. Unter seinem Einfluß wird das vorwiegend heitere Wetter daher anhalten. — Wettervorhersage für Mittwoch: Vorwiegend heiter und trocken und am Tage warm bei leichten südwestlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 314 und, Wasel fehlt, Schupferinsel 190 plus 3, Neßl 322 plus 2, Marau 514 minus 6, Mannheim 473 minus 43, Raub über 200 Zentimeter.

## Gemeindeverordnungen

### Der Karlsruher Voranschlag angenommen

#### Eine wüste Saalklacht

Der Karlsruher Bürgerausschuß hat wider Erwarten bereits am gestrigen Montag den städtischen Haushaltsplan, für dessen Beratung drei Tage vorgesehen waren, perabschiedet, allerdings nach Vorkommnissen, und in einer Weise, welche die Krise der Selbstverwaltung, die der Oberbürgermeister vorher in seiner Etatsrede behandelt hatte, mehr als genügend illustriert. Die Etatsrede des Oberbürgermeisters, deren wesentlichen Inhalt wir unten wiedergeben, wurde ruhig angehört. Zwischenrufe gab es nur wenige, u. a. bei dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Verdoppelung der Bürgersteuer. Nicht weniger als 97 Anträge lagen vor, die aber sämtlich unter den Tisch fielen, da der Etat nach ungläubigen Vorkommnissen, die wir anschließend schildern, von einer beschlußfähigen Mehrheit schließlich en bloc angenommen wurde.

Nach der Etatsrede des Oberbürgermeisters gab es zunächst eine längere Geschäftsordnungsdebatte, nach der ein gemeinsamer Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums auf Verteilung des Beratungstoffes angenommen und ein Antrag der gleichen Parteien auf Einteilung der Redezeit abgelehnt worden war. Als nun in der beginnenden Generaldebatte der Redner der ersten Partei, der Nationalsozialist Kramer, auf einen (nicht verständlichen) Jurist der Kommunisten den Ausdruck „Ihr Verbürgerliche“ ist keine Arbeiterpartei“ gebrauchte, entstand gleich eine große Unruhe, und der Kommunist Böning drang sofort mit mehreren anderen Kommunisten gegen das Rednerpult vor, während die Nationalsozialisten sich schüden vor ihren Stadtrat stellten. Es folgten Rufe hin und her, an denen sich auch die Galerie beteiligte, bis mit einem Schläge eine regelrechte Schlägerei im Gange war. Einer der daran Beteiligten schlug mit einer Koppel auf seine Gegner ein, worauf diese zu Stühlen griffen und ein Stuhlbombardement durch den ganzen Saal eröffneten. Der Oberbürgermeister, der im Anfang versucht hatte, die Ruhe wieder herzustellen, und fortwährend die Glode schwang, verließ mit den Bürgermeistern und den Vorständen der städtischen Ämter den Sitzungssaal. Auch die Angehörigen der anderen Parteien drängten zu den Ausgängen (ebenso gingen die Pressevertreter hinaus), so daß schließlich nur noch Nationalsozialisten und Kommunisten von rechts und links mit Stühlen, Stuhlbeinen und anderen „Waffen“ aufeinander losschlugen. Die streitenden Parteien hatten in der Zwischenzeit von der Galerie Zugang bekommen. Die Schlägerei dauerte mindestens ein Viertelstunde und der Bürgeraal bildete schließlich ein großes Trümmerfeld zerfallener Stühle und Tische, zertrümmerter Trintensöffner usw. Eine Reihe der an der Schlägerei Beteiligten trug erhebliche blutende Wunden, aber keine schweren Verletzungen davon. Polizeibeamte erschienen schließlich mit einem Polizeijagd zur Wiederherstellung der Ordnung. Es wird gerügt, daß seitens der Stadtverwaltung nicht von vornherein für polizeilichen Schutz Vorkehrungen getroffen worden sind, da die Vorgänge in Mannheim hier doch eine Lehre hätten geben sollen.

Nach längerer Pause sammelte sich ein Teil der Stadterordneten wieder im Bürgeraal, wo rasch herbeigerufenen Polizeibeamten sich anschickten, die Verwüstungen zu beseitigen. Es zeigte sich, daß auch der Kronleuchter von den unbefestigten Stuhlbeinen etwas abgenommen hatte, der Boden wies viele Blutspuren auf, auch wurde ein offenes Taschenmesser gefunden. Als der Oberbürgermeister nach 6 Uhr die Sitzung wieder eröffnete, verließen die Nationalsozialisten sofort den Sitzungssaal und gleich darauf begann ein heftiges Medewell zwischen dem Kommunisten Böning und dem Oberbürgermeister. Dieser teilte mit, daß er dem Nationalsozialisten Kramer sofort nach seiner Bemerkung einen Ordnungsruuf erteilt hatte.

Die zweite Sitzung war nur von kurzer Dauer. Auch die Kommunisten verließen schließlich den Saal. Der städtische Voranschlag wurde darauf ohne größere Aussprache mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und Mitglieder anderer Parteien angenommen, nachdem sich Arbeitsgemeinschaft, Zentrum und Sozialdemokraten, angeleitet der geschiedenen Vorkommnisse darauf geeinigt hatten. Die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei stimmten gegen den Voranschlag. Der Stadtrat hat in der Frage der Verdoppelung der Bürgersteuer nachgegeben und am Voranschlag starke Abstriche vorgenommen, so daß die Verdoppelung in Wegfall kommt. Auch die Erhöhung der Getränkesteuer wird vermieden.

Oberbürgermeister Dr. Hinter leitete seine Etatsrede mit dem Hinweis darauf ein, daß wir in diesem Jahr der 100. Wiederkehr des Todesjahres des Freiherren vom Stein, des Begründers der kommunalen Selbstverwaltung, gedenken, und behandelte dann die Krise der Selbstverwaltung, Ausführungen, die durch die bald darauf im Bürgerausschuß eine so bezeichnende Illustration finden sollten. Mißtrauen als Folge höchst bebauerlicher Vorkommnisse, an denen ehrenamtliche und berufliche Gemeindevertreter die Schuld tragen, und die allgemeine Mißstimmung als Folge der Not der Zeit haben auch um die Selbstverwaltung der Gemeinden eine Sphäre des Mißtrauens, des Zweifels und des Nichtverstehens geschaffen, unter deren Einfluß große Teile der Bevölkerung in einem inneren Gegensatz zur Gemeindeverwaltung geraten sind. Gelegenliches falsches Augenmaß bei der Bestimmung der Grenzen gemeindlicher Aufgaben mit den unvermeidlichen Folgen wirtschaftlicher Fehlschlüsse habe der Privatwirtschaft, die in ihrer eigenen Notlage nach Sündenböden suche, den willkommenen Anlaß zu einem Generalangriff gegen die öffentliche Wirtschaft überhaupt gegeben. Dazu häufen sich im Widerspruch zu den nach außen immer wieder verkündeten Zielen der Reichsreform, das Reichsgefüge durch Ausdehnung der Selbstverwaltung zu stärken, die Fälle der Zurückdrängung und Ausschaltung der Gemeinden vor allem durch die Reichsbürokratie. Das Schlimmste aber sei, daß bedenkliche Anzeichen für ein Nachlassen des Willens zur Selbstverwaltung, d. h. zur Verantwortung, in den gemeindlichen Kollegien selbst sich geltend machen. Zwangssetzungen drohen das Gefühl der Selbstverantwortung in den Gemeinden vollends zu zerstören. Die Träger der Selbstverwaltung hätten in erster Linie die Aufgabe, sie wieder lebensfähig zu machen.

Der Apparat der Stadt Karlsruhe sei instak. Wenn sie aber täglich über 24 000 RM für Fürsorgezwecke ausgeben müßte, so brauche man nicht mehr nach dem Grunde zu forschen, warum die Städte genötigt sind, die Steuerzahler erneut anzugehen. Man dürfe dabei aber nicht vergessen, daß ein wesentlicher Beweggrund für beanstandete Umnennungen in der Gemeinde gerade die allgemein erhobene Forderung war, Arbeit für Arbeitslose zu schaffen. Das treffe beispielsweise auch auf Rappenvörth zu. Unserer Industrie und unserem Ge-

werbe sei ins Gedächtnis zurückgerufen, daß es zu einem großen Teil die öffentliche Hand war, die in den vergangenen Jahren durch ihre Aufträge die Wirtschaft in Gang gehalten habe. Karlsruhe habe z. B. 1929 aus Mitteln, die sie von Dritten aufnahm, über 7 Millionen Reichsmark, teils für den Wohnungsbau, teils für die Erweiterung städtischer Einrichtungen, ausgegeben. Damit hat sie mindestens 3000 Arbeiter mit den zugehörigen Unternehmern ins Brot gesetzt. Darüber hinaus sei beim Umsatz der verdienten Löhne Gewerbe und Handel belebt worden. Das plötzliche Abstoppen der Kommunalcredite und damit der Aufträge der öffentlichen Hand sei ganz fraglos einer der Hauptgründe des ungeheuren Umfangs der heutigen Arbeitslosigkeit. Das Gutachten der Sachverständigenkommission der Reichsregierung nennt als Hauptmittel, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, daß die öffentliche Hand Geld aufnimmt und dafür Aufträge an Industrie und Gewerbe hinausgibt. Dabei wäre auch des besonders notleidenden Landes Baden zu gedenken. Die Elektrifizierung der badischen Hauptstrecke und der Schwarzwaldbahnen sowie die Erstellung der namentlich für Mittelbaden so dringend notwendigen festen Rheinbrücken bei Marau und Speyer sind gewiß im Hinblick auf ihren Nutzen für die Wirtschaft geeignete Objekte solcher Investitionen.

Die Stadt Karlsruhe hat sich von Maßlosigkeiten des Betätigungsdranges ferngehalten, namentlich auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Unternehmungen. Die sog. Kriegsbetriebe sind längst abgetoßen. Abgegeben ist davon lediglich die städtische Milchzentrale, an der auch nicht mehr festzuhalten sein wird, wenn uns von einem anderen Unternehmer ein genügendes Maß des städtischen Einflusses zugestanden wird. In der städtischen Weinkelerei, eine Einrichtung, wie sie in vielen Städten seit Jahrhunderten besteht, und die sich selbst trägt, ist heute noch ein Kapital von etwa 110 000 RM investiert; ihr Umsatz ist etwa 100 000 RM. Der Stadtrat hat auch ihre allmähliche Auflösung im Prinzip beschlossen und Maßnahmen angeordnet, die diesem Ziele zustreben. Der städtische Fuhrpark besteht aus 20 Pferden. Die Abtötung würde ohne Vermögensverluste für die Stadt nicht abgehen können. Der letzte beanstandete Regiebetrieb ist die kleine städtische Druckerei, für städtische Zwecke, in der im ganzen drei Personen beschäftigt sind, und die keine Lebensfrage für die Stadt ist. Es handelt sich also dabei um Dinge, über die eine Verständigung wohl möglich ist. Darüber hinaus muß ich die Forderung erheben: Hände weg von den Gemeindebetrieben! Vor allem die Betriebsbetriebe und die Werke gehören zu den urenigen Aufgaben der Gemeinde und müssen in ihrer Verwaltung stehen, wenn sie ihren Zweck, für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen, erfüllen sollen.

Der Oberbürgermeister behandelte dann die Reichssteuererhöhung, deren Kardinalfehler es war, daß man den Gemeinden die bewegliche Einkommensteuer genommen hat. Die Gemeinden mußten zum Ausgleich ihres wechselnden Bedarfs auf die Realsteuern greifen. Der Ersatz durch die Realsteuern ist zu roh und unvollkommen, um auf die Dauer zu genügen. Ebenso muß mit dem System der bedungslosen Überführung immer neuer Lasten auf die Gemeinden gebrochen werden. In Karlsruhe hat Ende April die Zahl der Wohlfahrtsverweiser mit 3254 die der Hauptunterstützungsempfänger mit 3164 bereits überschritten, und während in den letzten zehn Wochen die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sich von 4460 auf 3164, also um 1296, verringert hat, ist die der Wohlfahrtsverweiser um 803 gestiegen. Die Erfüllung der Forderung der deutschen Städte und die vor allen Dingen darauf abzuhelfen, die Wohlfahrtsverweiserfürsorge mit der Arznenfürsorge zusammenzulegen und die Länder dazu heranzuziehen, ist geradezu eine Schicksalsfrage der deutschen Städte.

Gerade jetzt muß die Gemeindevertretung sich aber erst recht bereit und willens zeigen, die Dinge zu meistern, auch wenn man sich damit nicht populär macht. Gerade in solchen schweren Zeiten muß sich die Selbstverwaltung bewähren. Nichtlinie muß sein, die Gemeindeaufgaben auf die Sparamte Weise zu erfüllen und dabei die wirtschaftlichen Grundanlagen der Stadt gesund zu erhalten. Nach diesen Gesichtspunkten ist der Voranschlag aufgestellt. Eine Aufzehrung von Vermögenswerten für Zwecke der laufenden Wirtschaft und die Verwendung von Anleihenmitteln zur Deckung laufender Verbindlichkeiten ist zu vermeiden. Nur ein solches Handeln sichert auch die Kreditwürdigkeit der Stadt. Gütten wir uns auch davor, den immer noch soliden Voranschlag dadurch zu verschlechtern, daß wir allzu viel auf die Zukunft bauen! Das Fürsorgeamt hat weitere Forderungen schon angemeldet. Ich kann deshalb von meiner Bitte, die eingeschlehte Verdoppelung der Bürgersteuer zu genehmigen, nicht abgehen. Lehnen Sie die Verdoppelung ab, so nötigen Sie mich, sofort mit Ausgabeerranweisungen vorzugehen, deren Folgen nur weitere Verminderungen der Arbeitslosigkeit sein könnten.

Was neue Projekte anlangt, die dem Fortschritt in den Gemeindeeinrichtungen dienen sollen, so komme ich mit vollkommen leeren Händen. Wir können uns zunächst nur um die Bewahrung von Darlehen für Notstandsarbeiten in dem Umfange bemühen, dem als städtische Leistung der für Arbeitsfürsorge im Voranschlag vorgesehene Betrag von 400 000 RM entspricht. Ich kann jedoch die etwas erfreulichere Mitteilung anfügen, daß wir das Jahr 1930 vermutlich ohne Fehlbetrag abschließen, trotzdem u. a. die Fürsorge und der städtische Anteil an der Arznenfürsorge über 800 000 RM mehr beansprucht haben, als im Voranschlag vorgesehen war, und trotzdem der Anteil an den Reichsüberweisungssteuern einen Ausfall von nicht weniger als 320 000 RM erlitten hat.

Als die Kunde von der Saalklacht im Rathaus bekannt wurde, sammelte sich in kurzer Zeit auf dem Marktplatz eine größere Menschenmenge an, die von der Polizei gestreut wurde. Noch in den späten Abendstunden mußte die Polizei gegen Ansammlungen politischer Art einschreiten. Zwei Kommunisten, die in der Oststadt einen auf dem Heimweg befindlichen Nationalsozialisten überfallen und mißhandelt hatten, wurden festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	12. Mai		11. Mai	
	Geld	Werte	Geld	Werte
Amsterdam 100 G.	168.45	168.79	168.52	168.86
Kopenhagen 100 Kr.	112.27	112.49	112.59	112.51
London 100 £.	21.96	22.00	21.96	22.00
Paris 100 Fr.	20.402	20.442	20.402	20.442
New-York 1 \$.	4.1940	4.2020	4.1950	4.2030
Warschau 100 Zr.	16.403	16.443	16.401	16.441
Schweiz 100 Fr.	80.818	80.975	80.83	80.99
Wien 100 Schilling	58.905	59.085	59.00	59.12
Prag 100 Kr.	12.423	12.443	12.428	12.448

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 132 Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

**Heinrich-Lanz-WG., Mannheim.** Seit einiger Zeit schweben — der „R. Bad. Landesztg.“ zufolge — Verhandlungen unter den Großaktionären der Gesellschaft, die eine Umgruppierung des Aktienbesitzes zum Gegenstand haben. Im Anschluß daran ist eine Kapitaltransaktion bei der Gesellschaft geplant. Aus obigem Grunde ist die Vertagung der Generalversammlung, die auf 9. Mai angesetzt war, beschlossen worden und kann über die Bilanz noch nichts gesagt werden, da der Aufsichtsrat dazu noch keine Stellung genommen.

**Besserung bei Daimler-Benz.** Von zuständiger Seite hört die „R. Bad. Landesztg.“, daß der Auftragseingang bei der Daimler-Benz-WG., Berlin-Stuttgart in den ersten Monaten dieses Jahres sich lebhafter gestaltet hat. Besonders seit März ist die Beschäftigung sowohl im Lastwagen- wie im Personenwagenbau wesentlich besser geworden. Der Abschluß für das Ende Dezember abgelaufene Geschäftsjahr ist immer noch nicht fertiggestellt, so daß auch der Termin der Bilanzabgrenzung einseitig noch nicht feststeht. Im Vorjahr wurde ein Reingewinn von 1,07 Mill. RM. bei einem Aktienkapital von 50 Mill. RM. ausgewiesen. Eine Dividende ist seit der Bilanzstabilisierung nicht verteilt worden.

**11,04 Milliarden Reichsmark Sparkasseneinlagen im Reich.** Ende März 1931 beliefen sich die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 11,04 Milliarden Reichsmark gegen 10,94 Milliarden Ende Februar (berichtigte Zahl). Der Berichtsmontat weist mithin eine Zunahme von 0,09 Milliarden Reichsmark gegen 0,17 Milliarden Reichsmark im Februar auf. Die Scheck-, Giro-, Kontokorrent- und Deposteneinlagen stellten sich Ende März 1931 auf 1,42 Milliarden Reichsmark gegen 1,44 Milliarden Reichsmark Ende Februar 1931 (berichtigte Zahl).

**Basler Rheinshafenverkehr im April.** Auch im vergangenen April weist der Güterumschlag in den Basler Rheinshafenanlagen steigende Tendenz auf, trotz der Depression, die sonst überall auf der Rheinschiffahrt lastet. Es wurden 90 958 Tonnen Güter umgeschlagen, gegenüber 83 782 Tonnen im April des Vorjahres. Von diesen Gütermengen entfallen 70 228 Tonnen auf den Kanal- und 11 735 Tonnen auf den Rheinverkehr. Diese letzte Ziffer ist, verglichen mit dem Vorjahre, ungewöhnlich hoch, erreichten doch damals die in den vier ersten Monaten auf dem offenen Strome beförderten Gütermengen bloß 4000 Tonnen, heute sind es im gleichen Zeitraum 26 000 Tonnen. In den vier ersten Monaten des laufenden Jahres wurden im ganzen 315 677 Tonnen Güter in den Basler Hafenanlagen umgeschlagen, gegenüber bloß 228 537 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

## Kurze Nachrichten aus Baden

### Zur Verhaftung des Kaufmanns Harry Lewita

**D3. Baden-Baden, 11. Mai.** Zu der von uns wieder gegebenen Mitternacht aus Baden-Baden, nimmt nun auch die „Badische Volkszeitung“ Stellung und erklärt, daß es unzutreffend sei, daß das Redaktionsgebäude von der Kriminalpolizei umstellt worden sei und der Kaufmann Harry Lewita verhaftet worden sei. Auch stimme es nicht, daß Herr Lewita Geschäftsführer, Direktor oder Gesellschafter der „Badischen Volkszeitung“ sei; er habe lediglich für den seit etwa 14 Tagen abwesenden Gesellschafter Schwed Bankunterzeichnungs-befugnis gehabt. Schwed sei seit etwa 14 Tagen von Baden-Baden abwesend. Ein Steddrief sei hinter ihm nicht erlassen. Die „Badische Volkszeitung“ als solche habe mit der ganzen Sache nichts zu tun. Wichtig an der ganzen Meldung sei nur, daß der Kaufmann Lewita vom Untersuchungsrichter in Karlsruhe einvernommen wurde und um einer Verdunklungsgefahr vorzubeugen, in Untersuchungshaft genommen wurde.

Die Herren Lewita und Schwed sollten wegen Feuerlicher Vorgänge bei den Firmen Batschari-Reemtsma, deren Verhältnisse beide eingehend bekannt sind, vernommen werden. Herr Schwed war mit der Reorganisation der Batschari-Fabrik von Herrn Borg seinerzeit beauftragt und ist seit vielen Jahren persönlich bekannt und in Verbindung mit Herrn Philipp Reemtsma. Ob und in wie weit das Wissen der beiden vom Untersuchungsrichter eruiert werden soll, ob in diesem Zusammenhang die beiden Genannten irgendwelche Schuld trifft, ist Sache der laufenden Untersuchung.

**D3. Mannheim, 12. Mai.** Die Mannheimer Kriminalpolizei hat in der Angelegenheit des Überfalles auf einen Geldbriefträger, wobei die Räuber einen größeren Geldbetrag erbeuteten, bisher verschiedene Spuren verfolgt, ist aber noch zu keinem Ergebnis gekommen. Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat der Staatsanwaltschaft 500 M als Belohnung für die Ermittlung der Täter zur Verfügung gestellt.

**D3. Heidelberg, 11. Mai.** Am Sonntag stürzten unweit des Dorfes Mauer zwei Motorradfahrer dadurch, daß ihre Räder in Schlaglöcher gerieten. Die Fahrer des einen Rades, die 22 und 20 Jahre alten Brüder Doll von Eppingen, wurden bei dem Sturz auf die Straße so schwer verletzt, daß der eine sofort tot war, der andere bald darauf starb. Ein dritter Fahrer, der ebenfalls aus Eppingen stammt, wurde leicht verletzt.

**D3. Baden-Baden, 11. Mai.** Die wirtschaftliche Notlage der deutschen Rennvereine ist allgemein bekannt. Ganz erhebliche Minderungen hat jetzt auch der Internationale Club in Baden-Baden für die drei Hauptrennen seiner Internationalen Woche vorgenommen. Der berühmte „Große Preis von Baden“, der

1929 mit 64 000 M ausgestattet war, und im Vorjahre auf 54 000 M reduziert wurde, ist um weitere 20 000 M abgebaut worden, so daß die am 23. August zu laufende Prüfung nur noch 34 000, davon 25 000 M für den Sieger, vorzieht. Die beiden anderen Hauptrennen, das Fürstentumrennen für Dreijährige am 21. August und das Zukunftsrennen für Zweijährige am 25. August, sind nur noch mit je 13 000 M ausgestattet. Die Renntage sind in diesem Jahr der 21., 23., 25., 28. und 30. August.

**Ob. Wildfähr (bei Rehl), 11. Mai.** Die Generalversammlung des Hanauer Rennvereins hat beschlossen, in Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Lage einseitig von der Abhaltung der seit 40 Jahren traditionellen Wildfähr Rennen Abstand zu nehmen.

**D3. Freiburg i. Br., 11. Mai.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß Meldungen, die in den letzten Tagen über angebliche studentische Ausschreitungen in Staufen und in Krozingen durch die Presse gingen, übertrieben sind. Eine Sühnemaßnahme der Universitätsbehörde zu den Vorgängen ist erst nach dem abgeschlossenen gerichtlichen Verfahren möglich. Heute kann schon soviel mitgeteilt werden, daß in dem Zuge der Reudbahn Staufen-Krozingen die Rotbremse kein einziges Mal gezogen worden ist, sondern daß sich bei der Ankunft des Zuges in Krozingen sämtliche Bremsgriffe noch unter Klombenverluß befanden.

**D3. Langkirch, 9. Mai.** Am Tage seiner Audienz in die Kritik hat die Heimatgemeinde Dr. Bernhard Billingers, das Schwarzwaldbühnen Langkirch, ein Telegramm an seinen Sohn geschickt, das folgenden Wortlaut hat: „Die Schwarzwaldbühnen Langkirch entbietet Ihnen die besten Wünsche und hofft auf ein glückliches frohes Wiedersehen daheim. Pfeiffer, Bürgermeister.“

**Ob. Seesrad, 10. Mai.** Der frühere Ausfluß des Seeschlusses wurde durch eine Betonmauer, die auch den neuen vorläufigen Höckerbau des Sees um 5 Meter ermöglichen soll, abgeköpft. Das hinzutretende Wasser wurde im Frühjahr durch den großen Dredfellen abgelassen, der aber nun wegen wichtiger Arbeiten in Schwarzabrad verschlossen bleiben muß. Da die Schneeschmelze und die vielen Regenfälle der letzten Zeit, dem See sehr viel Wasser zuführten, so sind gegenwärtig die Wiesen bis zur Seestrasse überflutet und man nimmt an, daß bis in wenigen Tagen der Seespiegel bis über die Seestrasse gestiegen sein wird. Man muß deshalb die dort lagernden Holzmassen in aller Eile abtransportieren.

**Ob. Neudingen bei Waldshut, 12. Mai.** Für die Ausführung des geplanten Großkraftwerks Neudingen wurde von der Kraftwerk-Riedingen-WG. in Dienheim eine Reihe von Landkäufen getätigt. Es handelt sich vornehmlich hierbei um den Erwerb der Halben am Rhein.

## Staatstechnikum Badische Höhere Technische Lehranstalt Karlsruhe

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winter-Studienhalbjahr sind schriftlich spätestens bis zum 15. Juni 1931 an die Direktion zu richten.

Aufnahme- und Nachprüfungen finden von Mittwoch, den 14. Oktober bis Samstag, den 17. Oktober 1931 statt.

Die Einweisung der Studierenden ist am Montag, den 19. Oktober 1931, 10 Uhr.

Der Unterricht beginnt am Montag, den 19. Oktober 1931, 14 Uhr.

Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 50 Pf. zuzüglich Porto erhältlich ist.

Karlsruhe, im Mai 1931.

Die Direktion:  
A. Eisenlohr.

## Gartenstadt Karlsruhe e. G. m. b. H.

Bilanz zum 31. Dezember 1930

Vermögen:	
1. Eigene Häuser	4 470 400,—
2. Neubauten	102 303,77
3. Kindergärten	8 000,—
4. Werkstättenbau	45 000,—
5. Werkstatteinrichtung	3 000,—
6. Lagerbestände	766,—
7. Büroeinrichtung	1,—
8. Beteiligungen	22 500,—
9. Versch. Straßenkosten	3 000,—
10. Bankguthaben	14 022,60
11. Barres Geld	931,56
12. Unbezahlte Mieten am 31. 12. 30.	10 230,67
13. Sonstige Forderungen	8 558,95
Grundschuldbriefe	186 000,—
	4 697 714,55

Verbindlichkeiten:	
1. Geschäftsguthaben	449 862,49
2. Gesehliche Rücklage	32 875,12
3. Sonstige Rücklagen	81 106,20
4. Hypotheken	2 901 818,05
5. Grundschuldb.	28 790,—
6. Restgelder	669 838,25
7. Spareinlagen	448 774,78
8. Schulden an Lieferanten	23 350,87
9. Sonstige Schulden	35 070,57
Eigene Sicherungsgrundschuldb.	186 000,—
Ertragnis 1930	26 228,22
	4 697 714,55

**Mitgliederbewegung:**  
Stand am 1. Januar 1930 1 026 Mitglieder  
Neu eingetreten 175  
zusammen 1 201 Mitglieder  
Ausgeschieden 160

Stand am 1. Januar 1931 1 041 Mitglieder.  
Die Anzahl der Geschäftsanteile erhöhte sich von 2129 auf 2249; die Haftsumme beträgt 449 800,— M gegen 425 800,— M im Vorjahre.

Karlsruhe-Müppur, den 31. Dezember 1930.

**Der Vorstand:**

H. Kowinkel, G. Vog, G. Günther, A. Herrmann.

## Zur Abhör der Stadtrechnungen für die Rechnungsjahre 1924-1929 wird ein fachkundiger, im Gemeinberechnungswesen erfahrener Rechnungssachverständiger

gesucht. Geeignete Bewerber wollen bis spätestens 25. Mai d. J. ihr Gesuch unter Angabe der Höhe der Ausschaltvergütung für die Prüfung eines Rechnungsjahrsangebots hierher einreichen. Die Rechnungen umfassen durchschnittlich 1100 Rechnungsseiten und 6500 Rechnungsbeilagen pro Rechnungsjahr; die geforderte Vergütung ist für ungelieferte Prüfung zu berechnen. Bewerber, welche die Prüfungsarbeiten in Waldshut vornehmen können, erhalten den Vorzug.

Gemeinderat Waldshut.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 24. April 1931 Nr. 4385 ausgesprochen:

1. daß die Eigentümer der Grundstücke Vg. Nr. 1365, 1374 und 1375 der Gemarkung Offenburg verbunden sind, an der Neueinteilung der Grundstücke im Gemarkung „Bühlerfeld“ der Gemarkung Offenburg nach Maßgabe des Planes des Stadtrats vom 26. Februar 1930 teilzunehmen, und
2. daß die Eigentümer der Kleinflände Vg. Nr. 1333 und 1326 verpflichtet sind, diese zum Zwecke der Durchführung der Neueinteilung gegen vorherige Entschädigung an die Gemeinde abzutreten.

Offenburg, den 8. Mai 1931.

Badisches Bezirksamt.

**N. 734. Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Rudolf Biefer jr., Inhab Kaufmann Rudolf Biefer jr. in Karlsruhe, am Ludwigplatz, jetzt in Landau, ist zur Abnahme der Schlussrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 29. Mai 1931, vormittags 9 1/2 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 139, Karlsruhe, den 7. Mai 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

**N. 449. Bruchsal.** Über das Vermögen der Firma Rudolf Wimmer G. m. b. H., Zigarrenfabrik in Ostringen, wurde heute nachmittags 4 Uhr Konkurs eröffnet, nachdem das Vergleichsverfahren gemäß § 79 Ziff. 1 Vergl.-Ordg. eingestellt worden ist. Konkursverwalter ist Rechtsanwält Dr. Kahn in Bruchsal. Konkursforderungen sind bis zum 29. Mai 1931 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschliebung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am: Freitag, den 5. Juni 1931, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, 1. Stock, Zimmer Nr. 8. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinsschuldner

**N. 735. Karlsruhe.** Über das Vermögen der Firma Albert Mändle & Co., Inhaber Paul Munden in Karlsruhe, Ostendstr. 15, Polsterwarenfabrik, wurde heute nachm. 12.15 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Anwendung des Konkurses eröffnet. Beizuidiger Bücherrevisor Otto Marx, Karlsruhe, Bad. Handelshof, Vergleichstermin ist am Freitag, den 5. Juni 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 2.

leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 29. Mai 1931 anzuzeigen. N. 449. Bruchsal, 8. Mai 1931.

## Die Geschäftsstelle.

## Vergabung von Bauarbeiten.

Zur Erfüllung eines Posthaus-Neubaus hat die Stadtgemeinde Rosbach folgende Arbeiten zu vergeben:

1. Be- und Entwässerung (Installationarbeiten).
2. Elektrische Beleuchtungsanlage usw.
3. Innere Verputzarbeiten.
4. Tischler, Schlosser u. Glaserarbeiten (fenster).

Zeichnungen, Arbeitsauszüge und Bedingungen liegen vorm. von 10 bis 12 Uhr und nachm. von 2 bis 4 Uhr bei dem unterzeichneten Bauleiter zur Einsicht auf, wofür auch Angebotsdrucke, d. h. solange Vorrat, gegen

Kostenlos erhältlich sind. Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens den 18. Mai 1931, vormittags 11 Uhr beim Bürgermeistern einzureichen, wo auch gleichzeitig die Öffnung der eingekommenen Angebote in Gegenwart der erschienenen Unternehmers stattfindet. N. 446. Rosbach, den 9. Mai 1931.

Der Bauleiter: Gemeinderat.

Der Bauleiter: Jos. Diez, Baumeister.

## Ein deutsches Märchen von Karl Kaufmayer

Regie: Dr. Baag

Mitwirkende:

- Ermarth, Genter, Janl, Rabenmayer, Seiling, Guje, Hebel, Müller, Baumach, Brand, Dahlen, Graf, J. Göttinger, Herz, Hiel, Höder, Hoppach, Just, O. Kienischer, S. Kienischer, Kloeble, Kuhne, Rulfer, Rehner, Müller, Brüller, Schulze, v. d. Trend, Arras, Eich, Grimm, Böger, Kilian, Kleinbus, Kindemann, Kuger, Meher, Nagel, Reibinger, Rivinius, Seibert, Schmitt, S. Müller, Nimler

Anfang 20 Ende 23

Preise A (0,70—5 RM)

Do. 14.5. Der Rosenfabrikant. Im Konzerthaus: Keine Frau, das Fräulein Nr. 15.5. Lindene. Sa. 16.5. Neu entführt: Julius Caesar. So. 17.5. nachmittags: Keine Schwester und ich; abds.: Victoria und ihr Husar. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

## Badisches Landestheater

Mittwoch, den 18. Mai 1931

\*B 24. Th.-Gem. 101—200

## Der Hauptmann von Köpenik

## Bezirkssparkasse Kirchzarten

Oeffentliche Verbandssparkasse

Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen		Verbindlichkeiten	
1. Kassenbestand	15 252,01	1. Spareinlagen	1 983 215,40
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt	92 931,45	2. Aufwertungs-spar-einlagen	616 209,88
3. Wertpapiere	122 415,—	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	144 117,45
4. Wechsel	46 940,08	4. Rücklagen	
5. Darlehen auf Hypothek	1 395 919,30	a) Geseh. Mejererbonds	111 974,83
6. Darlehen in laufender Rechnung	178 780,01	b) Sonderrücklage	15 000,—
7. Darlehen auf Schuld-schein	203 971,53	c) Reingewinn 1930	28 606,05
8. Darlehen an Gemeinden	232 542,67		
9. Darlehen an andere Körperschaften des öf-fentlichen Rechts	23 800,—		
10. Aufwertungsforde-rungen	487 391,95		
11. Grundstücke u. Gebäude	7 140,—		
12. Einnahmerückstände	92 038,59		
13. Gerätschaften	1,—		
	2 899 123,59		2 899 123,59

## Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 2 743 542,71 M Spar- und Giro-einlagen (einschl. Aufwertung) = 137 177,10 M  
Sie beträgt auf Schlus des Jahres 1930 = 140 580,88 M  
somit mehr = 3 408,78 M

Kirchzarten, den 16. März 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Zimermann, Bürgermeister

Der Geschäftsleiter: Reber